

Pr o t o k o l l

der 5. Sitzung des Projektausschusses gegen Radikalismus und Gewalt

Ort: Sitzungszimmer Kreisverwaltung, Parkstraße 6, 34576 Homberg
Termin: 27.05.2010
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.00 Uhr

Anwesend :

Frau Schmitt, Herr Ide, Herr Brettschneider, Herr Recke, Herr Neumann, Herr Schott, Frau Brandes, Herr Fischer, Herr Gerstmann, Herr Almàsi, Herr Dr. Vaupel, Herr Dr. Wondrak, Herr Rudolph, Herr Spengler, Herr Lantzsch, Frau Wagner, Herr Bürger, Frau Spohr

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Herrn Bürger
2. Aktuelles aus Schwalm- Eder
3. Fernsehbeitrag vom 16.05.2010- Rechtsextremismus in der Feuerwehr
4. Rückmeldung zum Workshop „Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen“
5. Rückmeldung zur Nachbesprechung 06.03.2010
6. Rückmeldung zur Ansprache von Burschenschaften im SEK
7. Rückmeldung zu durchgeführten Workshops in Schulen
8. Informationen zur Werbestrategie
9. Informationen zum Bundesförderprogramm „Vielfalt tut gut“
10. Sonstiges

TOP 1

Herr Bürger begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Herrn Neupärtl und eröffnet die Sitzung

TOP 2

Aktuelles aus Schwalm-Eder

Herr Brettschneider skizziert aus Sicht der Polizei die aktuelle Lage im Schwalm-Eder-Kreis. Er geht kurz auf die letzten Straftaten aus April und Mai ein, merkt dabei an, dass keine herausragenden Fälle zu verzeichnen sind. Im Einzelnen werden nachstehende Sachverhalte kurz erörtert:

- Gaststätte Wache, Treysa, Angriff von 4 Rechtsradikalen auf einen Gast
- Mehrere Delikte im Bereich verfassungswidrige Symbole, Sachbeschädigungen, u.a. „Spuckis“
- Falschaussagen
- gefährliche Körperverletzung
- ein Delikt „Linke gegen Rechte“ nach Krawall in Gaststätte
- Beleidigung
- Verstoß gegen Waffengesetz,
- Vortäuschen einer Straftat in Großropperhausen,
- Mehrere weitere Verfahren von Gewalt- und Propagandadelikten

- mehrere Straftaten am 08.05.
- Haupttäter Dittershausen (Polizistentritt) wurde mittlerweile rechtskräftig verurteilt, Urteil vom Februar („alte“ Straftaten) wurde durch Angeklagten angenommen, Einbindung Jugendhilfe mit hohen Auflagen, stationäre Unterbringung außerhalb des SEK.

Herr Bürger ergänzt die Ausführungen von Herrn Brettschneider mit dem Hinweis, dass zur Zeit mehrere Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der FKSE anstehen, bzw. kürzlich durchgeführt wurden. Es besteht die Hoffnung, dass die Gruppe dadurch weiter beruhigt und von der Ausübung weiterer Straftaten abgehalten wird. Nachstehende Hinweise werden noch gegeben:

- Zusammenfassend kann man sagen, dass zwar durch die Verurteilung einzelner rechtsradikaler Täter die Szene nicht gekippt wird, aber die Verurteilungen durchaus Auswirkungen auf deren Struktur im Landkreis haben.
- FKSE haben wieder Homepage geschaltet, stehen im Austausch mit mittel- und südhessischen Rechtsradikalen, übernehmen und tauschen untereinander Schriftstücke und Artikel
- neuer Slogan der Rechtsradikalen „Solidarität ist unsere Stärke- gemeinsam gegen Polizei und Demokratie“.

TOP 3

Fernsehbeitrag vom 16.05.2010- Rechtsextremismus in der Feuerwehr

Herr Bürger berichtet von einem am 16.05. ausgestrahlten TV-Beitrag in der Sendung „Defacto“ im Hessischen Rundfunk. Im Beitrag werden Bezüge von einzelnen Feuerwehrmännern in die rechtsextreme Szene dargestellt und nachgewiesen. Direkt nach dem Dreh und der Konfrontation mit dem bis dahin nicht bekannten Beziehungen der Feuerwehrmänner wurden vertrauliche Gespräche mit den betroffenen Städten/Gemeinden und den Ortsfeuerwehren aufgenommen. Es wurde verabredet alle Fälle einzeln zu betrachten und Hand in Hand mit der Hessischen Feuerwehr und dessen internem Meldesystem „Braunmelder“ zu agieren.

Nach den einführenden Worten von Herrn Bürger wurde der TV-Beitrag gemeinsam angesehen. Im Anschluss erläuterten Herr Dieter Ide und Herr Bürger, wie nun im einzelnen Verfahren werden soll.

Abschließend skizzierte Herr Bürger die hervorragend angelaufene Kooperation mit den Jugendfeuerwehren im Landkreis.

Aktuelle Termine mit Feuerwehren:

- 29.05. Jugendwarte Schwalm
- 19.06. Kreisjugendfeuerwehrlager MEG und FZ/HR

Ergänzender Vorschlag Herr Schott: auf Homepages der Städte und Gemeinden, von Sportvereinen, der Feuerwehren usw. Verlinkungen zum Projekt „Gewalt geht nicht“ anzubringen, um Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren oder anonym Vorfälle zu melden.

Herr Rudolph skizziert nochmals die Schwierigkeiten für Verbände, im Vorfeld zu prüfen, ob Mitglieder rechtsaffin sind. Verlässlichere Kommunikationsstrukturen müssten auf- und ausgebaut werden.

TOP 4

Rückmeldung zum Workshop „Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen“

Teilgenommen haben über 20 Experten aus SEK aus der Jugendhilfe (Jugendarbeit, Jugendgerichtshilfe, Jugendberufshilfe, stat. JH) und Polizei

- Kurzbericht von Herrn Recke
 - o Unterschiedliche Praxisberichte wurden vorgestellt und diskutiert
 - o Entwicklung von Vorschlägen zur Umsetzung im SEK
 - o Ergebnis: der SEK möge ein eigenes Konzept der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen entwickeln, da das bisherige, vorhandene Angebot nicht ausreiche. Am erfolgversprechendsten erschien den Teilnehmern das Konzept der mobilen aufsuchenden Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen aus Göttingen.

TOP 5

Rückmeldung zur Nachbesprechung 06.03.2010 und Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen

Mobile Intervention in der Jugendarbeit (als Ergänzung der komm. Jugendarbeit des Landkreises)- Nachbetrachtung mit Landrat, Frau Wagner und der Jugendgerichtshilfe des Landkreises.

Ausführungen von Frau Wagner: Strukturen Göttingen/SEK sind unterschiedlich, daher Übertragung des Konzeptes nicht möglich. Eigenes Konzept soll entwickelt werden, möglichst mit zwei Fachkräften auf Basis eines Werkvertrages. Punktuelle Intervention angedacht, beispielsweise unter Einbindung von regionalen Jugendberufshilfeträgern zur Förderung der Eingliederung in demokratische Strukturen. Das Angebot soll als Ergänzung zu der offenen Jugendarbeit im Landkreis entwickelt werden. Diese, so wurde angesprochen, müsse sich fortlaufend weiter entwickeln.

Intensivierungen im Bereich Schule

- Vorträge für möglichst alle Lehrer
- Entwicklung einer Unterrichtseinheit mit Materialien sowie einem Wettbewerb zur Erlangung eines „Integrations- und Toleranzpasses“ für Schulklassen mit attraktiven Preisen für alle teilnehmenden Jugendlichen. Dies könnten Fahrten, aber auch Teilnahme an „sozialen Tagen“ sein. Begrenzung auf Jg. 7 und 8 erscheint am sinnvollsten.

TOP 6

Rückmeldung zur Ansprache von Burschenschaften im SEK

Ausführungen von Herrn Brettschneider: in fast allen Gemeinden werden noch vor dem Sommer mit Burschenschaften, Bürgermeistern, Ordnungsamtsmitarbeitern, Polizei sowie Projekt Gewalt geht nicht Treffen veranstaltet, auf denen die problematischen Themenbereiche Jugendschutz und Rechtsradikalismus diskutiert werden.

- Handlungsmöglichkeiten und Lösungsvorschläge sollen- auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten- von den entsprechenden Burschenschaften entwickelt werden.
- Anzustreben ist aus Sicht des Projektausschusses, alle Städte und Gemeinden zu informieren, da die Maßnahme sehr erfolgversprechend ist.

Nachfrage von Herrn Fischer bzgl. des Einsatzes von privaten Sicherheitsdiensten. Herr Brettschneider führt aus: sie werden immer häufiger eingesetzt, dies ist jedoch vor allem für kleinere Burschenschaften immer auch ein finanzielles Problem.

TOP 7

Rückmeldung zu durchgeführten Workshops Jahrgangsstufen 8 an Schulen

Ausführungen von Herrn Dr. Vaupel:

Workshops des DGB und des BDKJ an Schulen „Schublade offen- am Anfang war das Vorurteil“ : die Rückmeldungen aus den Schulen sind sehr positiv, sehr gute Anleitung durch die noch jungen, außerordentlich engagierten Teamer, die sehr dicht an den Schülern waren.

Ergänzende Vorschläge für zukünftige Kooperationen, die unbedingt angestrebt werden sollten:

- Einbettung der Workshops in ein Gesamtkonzept- zum Beispiel würde sich anbieten, die Workshops an die Teilnahme „Integrations- und Toleranzpass“ zu koppeln. Den Lehrern sollten Unterrichtsmaterialien für eine kleine Vor- und Nachbereitende Unterrichtseinheit zur Verfügung gestellt werden.
- Eine weitere Möglichkeit ist die Einbindung von Jugendbuchautoren. SV- und Lehrerfortbildungen zum Thema könnten statt finden. Die Einbindung der Thematik ist auch für Religions- bzw. Ethikunterricht sehr geeignet!

TOP 8

Informationen zur Werbestrategie

Dem Projekt „Gewalt geht nicht“, wurden Bußgelder in Höhe von 6000,00€ zugesprochen. Der Betrag soll für Werbemaßnahmen eingesetzt werden, um Logo und Slogan noch besser in der Öffentlichkeit zu platzieren. Dies könnten sein:

- Fahnen
- Shirts
- Pins
- Info- Wand
- Freistempler
- usw.

TOP 9

Informationen zum Bundesförderprogramm „Vielfalt tut gut“

Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie- gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- Kreis hatte bereits für 2007 Antrag gestellt, in 2010 erneuter Antrag für 2011 ff.
- In Hessen ab 2011 lediglich 2 Förderkommunen
- Förderung bis zu 3 Jahren, jährliche Bewilligung
- Erarbeitung eines lokalen Aktionsplanes (LAP) notwendig
- Gründung eines Begleitausschusses (dies soll unser Projektausschuss sein, der eine Namensergänzung erfahren würde)
- Vergabe von Mitteln an Antragsteller für Aktionen und Projekte
- Fördersumme bis zu 100.000€ p.a.
- Konsequenzen für uns:
 - Coaching der Ziele und der Struktur schon in 2010
 - Namensergänzung - Begleitausschuss
 - Lokalen Aktions Plan (LAP) schreiben (Ziele definieren und nachvollziehbar für Evaluation machen)
 - Projektausschuss/Begleitausschuss: Vergabesitzungen für Anträge Dritter

TOP 10

Sonstiges

Herr Almàsi bietet an, am 15.06.2011 im Rahmen der Sportabzeichenprüfung von 2.500 Kindern in Ziegenhain dem Projekt die Möglichkeit zu geben, sich zu präsentieren.

Herr Bürger bedankt sich bei allen SitzungsteilnehmerInnen für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Für die Richtigkeit des Protokolls:



S. Bürger
Projektleitung



B. Spohr
Jugendbildungsreferentin